



Leseprobe aus Hinz, Jahr und Kruschel, Inklusive  
Bildung und Rechtspopulismus, ISBN 978-3-7799-7495-6  
© 2023 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel  
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/  
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-7495-6](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-7495-6)

# Inhalt

Inklusive Bildung und Rechtspopulismus – eine brisante und komplexe Konstellation <i>Andreas Hinz, David Jahr &amp; Robert Kruschel</i>	<u>7</u>
<b>Teil 1:</b> <b>Grundlagen – Inklusive Bildung und Rechtspopulismus im Verhältnis</b>	
Zeit der Populisten <i>Frank Decker, Philipp Adorf &amp; Marcel Lewandowsky</i>	<u>22</u>
Rechtspopulismus in der Gesellschaft als Herausforderung für die Schule <i>Christopher Hempel &amp; Johannes Kiess</i>	<u>35</u>
(Rechts-)Populismus aus inklusiver Perspektive Ein Versuch über antipopulistische Macht- und Herrschaftskritik in verstörenden Zeiten <i>Clemens Dannenbeck &amp; Andreas Hinz</i>	<u>50</u>
<b>Teil 2:</b> <b>Analysen – Varianten rechtspopulistischen Denkens und Handelns</b>	
Verschwörungsideologien im Kontext der Corona-Pandemie Wenn die Welt nicht mehr zum Weltbild passt <i>Peter Tiedeken</i>	<u>68</u>
Pädagogischer Populismus – ein bedeutsamer Aspekt der Reflexion im Kontext von Inklusion <i>Andreas Hinz</i>	<u>81</u>
Hatespeech und Co. als Inklusionsvehikel? Eine Studie zur Interaktionslogik exkludierenden Sprechens und Handelns in der Schule <i>Michael May</i>	<u>97</u>
Zwischen Akzeptanz und Abgrenzung – Herausforderungen im inklusiven Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechten Angriffen in und auf Schule <i>David Jugel &amp; Anja Besand</i>	<u>114</u>
(Rechts-)Populismus: Phänomen ohne Interaktion? Anregungen der rekonstruktiven Unterrichtsforschung für eine praxeologische Populismusforschung <i>David Jahr</i>	<u>134</u>

Von ‚minderwertigen Menschen‘ und einem ‚Überschuss an Migranten‘. Rechtspopulistische Argumentationsmuster im Politikunterricht einer sächsischen Gymnasialklasse  
*Lisa Marie Mast & Christopher Hempel* [154](#)

Rechtspopulismus als Herausforderung für eine diversitätssensible und inklusionsorientierte Lehrer\*innenbildung – Reflexionen von Hochschullehrenden  
*Gertraud Kremsner, Bernhard Schimek, Claudia Kaluza, Matthias Müller & Michelle Proyer* [167](#)

### **Teil 3: Handlungsperspektiven – Pädagogische Ansätze zum Umgang mit Rechtspopulismus**

Zwischen dominatorischen und partnerschaftlichen Verhältnissen – Partnerismus als Navigationshilfe für den Umgang mit Rechtspopulismus  
*Ines Boban & Andreas Hinz* [184](#)

Zum Potenzial des Anerkennungsbegriffs im Spannungsfeld zwischen Inklusion und Rechtspopulismus  
*Marie-Louis Zucker* [203](#)

Lehrpersonen als Change Agents gegen Antisemitismus an Schulen – Konzeptionelle Überlegungen und Impulse aus Perspektive der Schulentwicklungsforschung  
*Stefan E. Hößl & Michael Stralla* [221](#)

Narrative Gesprächsgruppen an Schulen – inklusive politische Bildung und Prävention von Rechtspopulismus  
*Christopher Fritzsche & Harald Weilnböck* [235](#)

Rassismuskritische Praktiken im inklusiven Sachunterricht  
*Anja Seifert* [247](#)

Erfahrungen im Umgang mit Rechtspopulismus und Diskriminierung  
Präventivarbeit an der Freien Schule Güstrow  
*Hanka Gatter mit Charlotte, Martin und Roxanne* [261](#)

‚Rock statt Populismus‘ – die Mostar Rock School  
Musik als gemeinsamer Handlungsraum in einer populistisch aufgeladenen Grundsituation  
*Ines Boban & Lucia Božić* [273](#)

**Verzeichnis der Autor\*innen** [293](#)

# Inklusive Bildung und Rechtspopulismus – eine brisante und komplexe Konstellation

Andreas Hinz, David Jahr & Robert Kruschel

**Abstract:** In der Einleitung des Sammelbands skizzieren wir Bedeutungslinien beider Begriffe und mögliche Ausgangsfragen, die sich durch eine Zusammenschau ergeben. Damit legt der Beitrag erste begriffliche Grundlagen und steckt den Gegenstandsbereich für die weitere Diskussion ab. Deutlich wird, wie Inklusion als pädagogischer Anspruch und Rechtspopulismus als Herausforderung der Demokratie in einem komplexen und brisanten Zusammenhang stehen und wie dringlich es zeitpolitisch ist, sich mit Rechtspopulismus unter inklusiver Perspektive zu beschäftigen.

**Schlüsselbegriffe:** Inklusive Bildung, Rechtspopulismus, Demokratie, Inklusion

Dieser Sammelband hat eine Vorgeschichte. Im Rahmen der seit 1987 jährlich stattfindenden (Integrations- bzw.) Inklusionsforscher\*innentagungen fand 2019 in Berlin ein Workshop zum Thema „Inklusion in Zeiten erstarkender rechter Positionen“ statt. Dort wurde nach kurzen Inputs ein offener Austausch zum Thema angeboten – und es zeigte sich, dass dieses Thema offenbar nicht nur für viele Teilnehmende relevant war, sondern sie auch teilweise erschreckende Erfahrungen in der Hochschullehre mit Konfrontationen und Provokationen durch rechtspopulistische Positionen gemacht hatten. Da dies zunächst erste Gesprächsansätze waren, tauchten sie auch nicht im entsprechenden Tagungsband auf. Was aber blieb, war der Eindruck, dass dieser Zusammenhang nicht nur relevant, sondern auch teilweise mit Erschrecken und Ratlosigkeit bei teilnehmenden Forscher\*innen verbunden war – gerade vor dem Hintergrund sich global ausbreitender rechtspopulistischer Strömungen. Und damit entstand die Idee, dieses Phänomen vor der Reflexionsfolie inklusiver Bildung in einem Sammelband zu bearbeiten.

Der Sammelband stellt sich nun der Herausforderung, eine heterogene Gemengelage zu thematisieren, die sich durch zwei Begriffe ergibt, die selbst in sich diffus sind und vielfältige Bezüge aufwerfen. Bevor es also darum geht, welche Fragen sich in der Zusammenschau von Inklusion und Rechtspopulismus stellen lassen, soll das Bedeutungsfeld beider Begriffe getrennt skizziert werden.

## 1. Inklusion zwischen Systemmodernisierung und Systemtransformation

Inklusion ist im pädagogischen Kontext seit der Jahrtausendwende von einem nahezu unbekanntem zu einem aktuell weit verbreiteten und gleichzeitig zunehmend unscharfen alltagssprachlichen Begriff geworden (vgl. Hinz 2013; 2023). Gemeinhin wird mit ihm die Zulassung von Menschen mit Behinderungserfahrungen in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens verbunden, von denen sie bislang ausgeschlossen waren. Hier gilt es jedoch zu differenzieren.

Der *soziologische* Inklusionsbegriff bezieht sich seit Luhmann als reiner Analysebegriff auf die Frage, wer in einem System – etwa im Bildungssystem – relevant und also eingeschlossen oder aber ausgeschlossen wird. Dabei wird von jedweder normativen Bewertung des Ein- bzw. Ausschlusses, etwa mit der Frage nach Diskriminierung, wie auch von möglichen Konsequenzen für das Handeln abgesehen. Insofern wird ihm von inklusionspädagogischer Seite eine äußerst eingeschränkte Funktionalität in der Debatte um inklusive Bildung attestiert (vgl. Wocken 2015, 61). Erst in den letzten Jahren finden sich soziologische Versuche, ihn mit gesellschaftlichen Kontexten und kritischer Reflexion zu verbinden (vgl. Kronauer 2022).

Unabhängig davon entwickelte sich, zunächst in Nordamerika seit den 1970er Jahren und im deutschsprachigen Raum beginnend mit der Jahrtausendwende, der *pädagogisch* konnotierte Inklusionsbegriff mit der Kritik an der dort wie hier als selektiv wahrgenommenen Praxis der Integration, die entsprechend dem Kaskaden-Modell aus den 1940er Jahren einen ‚harten Kern‘ ‚nicht integrierbarer‘ Menschen hervorbrachte (vgl. Hinz 2008). Diesem pädagogischen Inklusionsbegriff inhärent ist eine parteiliche Stellungnahme für die Menschen, die gesellschaftlicher Marginalisierung ausgesetzt sind und deren Ansprüche an Teilhabe in allen gesellschaftlichen Feldern es zu stärken gilt. Mit der im Zuge der Inkraftsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) als geltendes Recht zunehmenden Debatte um (pädagogische) Inklusion kam ein *menschenrechtlicher* Hintergrund hinzu. Teils wurde die BRK verstanden als spezifische, menschenrechtsbasierte Diskussion, teils als ein Teilschritt des ‚living documents‘ der Menschenrechte seit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 insgesamt (vgl. Gummich & Hinz 2017; Leonhardt et al. 2022). Hier wird neben der Frage des Beschäftigungssystems vor allem die Frage der Inklusion im Bildungssystem – teils hoch aufgeladen – diskutiert. Angesichts der (international gesehen außergewöhnlichen) selektiven Traditionen der deutschsprachigen Bildungssysteme kann dies nicht überraschen (vgl. Sturm 2016, 53 ff.; Hummrich 2017). Dabei stehen sich im Wesentlichen zwei Positionen gegenüber (vgl. Boban & Hinz 2022):

- Auf der einen Seite wird argumentiert, dass das deutsche Bildungssystem ohnehin schon inklusiv sei, da alle Kinder und Jugendlichen die Schule besuchen (müssen). Allerdings sei hier anzustreben, dass möglichst viele von denen, die bisher in Förderschulen gingen, gemeinsam mit ihren Peers in allgemeinen Schulen aufwachsen können sollten. Es sei allerdings vonnöten, zwei parallele Systeme (allgemeine und Förderschulen) vorzuhalten und den Elternwillen entscheiden zu lassen (vgl. z. B. Ahrbeck 2014).
- Auf der anderen Seite wird argumentiert, dass menschenrechtliche Forderungen universell seien und daher – in Übereinstimmung mit entsprechenden Stellungnahmen der zuständigen UN-Stellen – das Bildungssystem insgesamt zu einem inklusiven zu transformieren sei (vgl. z. B. DIMR 2017).

Entsprechend gibt es auch unterschiedliche Positionen in der Erziehungswissenschaft: Einerseits wird gefordert, Inklusion evidenzbasiert in Vergleichsstudien zu evaluieren und so ihre Funktionalität zu überprüfen. Andererseits wird die Entscheidung für oder gegen Inklusion als eine politische, gesellschaftliche und letztlich normative verortet, die dann durch Forschung zu analysieren und zu befördern sei (vgl. Boban & Hinz 2022). Der ersten Position wird potenzielle Menschenfeindlichkeit vorgeworfen: Auch die Sklaverei oder die Apartheid könnten so evidenzbasiert evaluiert werden (vgl. UNESCO 2020, 18). Der zweiten Position wird Parteilichkeit und damit letztlich Unwissenschaftlichkeit attestiert (vgl. Boban & Hinz 2022).

In Übereinstimmung mit den internationalen Steuerungsimpulsen durch die Menschenrechtsverträge, aktuell auch durch die UN-BRK, vertreten wir als Herausgeber in diesem Band einen transformatorischen Anspruch inklusiver Bildung. Es geht nicht nur um die Zulassung bisher ausgeschlossener Kinder und Jugendlicher zu einer ansonsten unverändert bleibenden allgemeinen Schule, sondern um die Realisierung der Menschen- und insbesondere der Kinderrechte, v. a. des Rechts auf Partizipation (vgl. Reitz 2020; zu unterschiedlichen Verständnissen vgl. Boban & Hinz 2022). Das bedeutet in letzter Konsequenz nichts anderes als die Überwindung des selektiven Schulsystems, einschließlich des deutlichen Rückbaus von Förderschulen bis hin zu ihrer Überflüssigkeit als Schulen mit eigenen Klassen – also ihrer Überführung in Förderzentren ohne Schüler\*innen, die allgemeine Schulen unterstützen.

Gleichwohl bildet die Vorstellung einer ‚vollständigen Inklusion‘ über institutionelle Strukturen hinaus keine realistische Perspektive, denn moderne Gesellschaften weisen zwangsläufig Tendenzen zu Diskriminierung bestimmter Personengruppen (vgl. Heitmeyer 2002–2011) auf. Diese grundlegende Dialektik von Gemeinsamkeit und Individualität wurde bereits in der integrationspädagogischen „Theorie integrativer Prozesse“ (Reiser et al. 1986, Hinz 1993) als Dialektik von Annäherung und Abgrenzung auf Prozessebene gefasst, deren Balance grundlegend für Personen, (Lern-)Gruppen und die Gesellschaft insgesamt ist

(vgl. Wocken 2021). Gesellschaftliche Diskriminierungen können allerdings massiver oder geringer ausfallen und das lässt sich mit einem Orientierung gebenden inklusiven „Nordstern“ (Hinz 2006) als „Kampf um Anerkennung“ (Honneth 2003, vgl. Prengel 2013) politisch und pädagogisch beeinflussen.

Wurde Inklusion im Diskurs zunächst weitgehend v. a. auf Menschen mit Behinderungserfahrungen bezogen – was im bildungspolitischen Raum trotz aller rhetorischen Bekenntnisse zu einem ‚weiten Inklusionsbegriff‘ immer noch gilt (vgl. Hinz 2022a, 231) –, stellt er sich aktuell vor dem Hintergrund *intersektionaler* Zugänge als deutlich breiter dar: Es geht letztlich um alle gesellschaftlich bzw. für eine Situation relevanten – damals als „Heterogenitätsdimensionen“ (Prengel 1993, Hinz 1993) bezeichnete – Differenzlinien (vgl. Roig 2021; Haruna-Oelker 2022), bei denen die Dichotomisierung in ‚eigentliche‘ oder ‚normale‘ und ‚andere‘, d. h. in der Regel als ‚weniger wertig‘ betrachtete Menschen vorgenommen wird. Damit ergeben sich deutliche Verbindungslinien u. a. mit rassismus-, klassismus-, sexismus-, ableismus-, adultismuskritischen und queeren Diskursen, in denen Othering eine zentrale Rolle spielt und nicht nur in Praktiken, sondern auch in Strukturen und Ideologien entsprechend wirksam wird (vgl. El-Mafaalani 2021).

Eine weitere direkte diskursive Verbindung, die erst zunehmend berücksichtigt wird, können wir hier nur andeuten: die zwischen Inklusion und Demokratie. Inklusion braucht Demokratie (so auch das Motto des Bundesbehindertenbeauftragten Dusel 2018), da sie darauf angewiesen ist, auf der Basis der menschenrechtlich garantierten Gleichheit aller Menschen „ohne Angst verschieden sein zu können“ (Adorno 1951). Ebenso braucht Demokratie Inklusion, da sie nur so die gemeinsame Gestaltung der Gesellschaft im Sinne des Theorems der „egalitären Differenz“ (Prengel 2001) realisieren kann. Anders formuliert: Inklusion ohne Demokratie bleibt hierarchisch, Demokratie ohne Inklusion selektiv – und beide sind ohne die je andere nicht wirklich demokratisch und inklusiv (vgl. Boban & Hinz 2019a; Hinz 2023). Demokratie lässt sich als „Inklusionsprozess“ (Jahr 2022, 288 ff.) verstehen, als Teil der politischen Evaluation von Gesellschaften und der damit verbundenen Bearbeitungen von „Inklusionsproblemen“ (vgl. Brunkhorst 2000, 263 ff.). Mit diesem Zusammenhang ist auch klar, warum inklusive Bildung eine hoch politische Fragestellung und Herausforderung darstellt (vgl. Dannenbeck & Hinz 2017) und machtkritisch zu reflektieren ist (vgl. Hinz 2022b; Kruschel et al. 2022; zum Zusammenhang zwischen inklusiver, demokratischer und kritischer Pädagogik vgl. Boban & Hinz 2019b).

Eine weitere Stufe der – quasi zunehmenden – Komplexität stellt ein für uns bedeutsamer, ebenfalls intersektional ausgerichteter theoretischer Zugang dar, mit dem der Schritt von der Dialektik zum „Trilemma der Inklusion“ (Boger 2017) getan ist. In ihr wird davon ausgegangen, dass Inklusion sich in drei Feldern aktualisiert, in der Normalität, im Empowerment und in der Dekonstruktion. Je nach Situation und Sichtweise können zwei dieser drei Aspekte als Inklusion

strategisch verfolgt werden, womit jedoch verbunden ist, dass der dritte verunmöglicht wird (vgl. ebd.):

- Wird als Zugang zu Inklusion angenommen, die Normalität einer bisher marginalisierten gesellschaftlichen Gruppe mittels Empowerments zu stärken, wird es unmöglich, deren gesellschaftliche Konstruktion zu dekonstruieren, denn sie wird als Zielgruppe der Bemühungen benötigt.
- Wird als Zugang zu Inklusion die Dekonstruktion der Andersheit mit der Anerkennung von Individualität und somit der Erweiterung von Normalität verfolgt, wird es unmöglich, ‚Andere‘ zu benennen und zu empowern.
- Wird schließlich als Zugang zu Inklusion das Empowerment von bisher marginalisierten Gruppen durch deren Dekonstruktion im Sinne individueller Sichtbarkeit favorisiert, wird eine Auseinandersetzung mit Normalität verunmöglicht.

Diese Theorie ermöglicht es zum einen, die eigene Position im Zugang zu Inklusion zu reflektieren und sich eigene Widersprüche zu vergegenwärtigen, zum anderen aber auch, jeweils unterschiedliche Konstellationen der drei Aspekte – analytisch hilfreich – flexibel einzusetzen (für eine inklusive politische Bildung vgl. Jahr 2019).

Zusammenfassend halten wir Inklusion für eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung, die herrschafts- und machtkritisch ausgerichtet ebenso Analysen unterstützt wie sie Handlungsmöglichkeiten eruieren hilft. Es dürfte keine Überraschung sein, wenn wir sie in einem massiven Widerspruch zu allen rechtspopulistischen Tendenzen und allen weiteren Tendenzen zur Spaltung in der Gesellschaft verorten. Auch unter diesem Aspekt steht Inklusion in direktem Zusammenhang mit Demokratie.

## **2. Rechtspopulismus zwischen Demokratiekritik und Extremismus**

Im Alltagsverständnis verbindet sich mit Rechtspopulismus eine politische Strömung, die sich durch einen wie auch immer gearteten Bezug zu (extrem) rechten Gedankengut und einer Haltung ausdrückt, die v. a. auf Vereinfachung von Sachverhalten und auf (billigem) Opportunismus beruht. In der sozialwissenschaftlichen Perspektive zum Rechtspopulismus, die v. a. von den Politikwissenschaften dominiert wird, finden sich spezifischere Definitionen des Phänomens.

Zu den zentralen Akteuren, die zum Rechtspopulismus gezählt werden, gehören zu allererst politische Parteien bzw. international mehr oder weniger bekannte Berufs-Politiker\*innen. Beispiele hierfür sind die UK Independence Party um ihren ehemaligen Vorsitzenden Nigel Farage, die polnische PiS-Partei

oder der ehemalige US-Präsident Trump und weite Kreise seiner Republikaner. In Deutschland steht besonders die AfD im Fokus der Diskussion zum Rechtspopulismus (vgl. Celik, Decker & Brähler 2020; Manow & Schwander 2022). Neben den Parteien existieren rechtspopulistische Bewegungen. In Deutschland zählen hierzu die Pegida-Bewegung (vgl. Reuband 2022) sowie zahlreiche Pro-Bewegungen aus unterschiedlichen lokalen Kontexten (z. B. Pro NRW). Im Zuge der Corona-Pandemie kam es zu einer Vermischung zwischen Gegner\*innen staatlicher Schutz-Maßnahmen und der AfD, die vor allem dort von der Unzufriedenheit profitieren konnte, wo in der Bevölkerung bereits „populistische Orientierungen“ vorlagen (Vorländer & MIDEM 2021, 9). Diese Durchmischung von rechtspopulistischer AfD, rechtsextremen Neonazis und Verschwörungsgläubigen ist besonders in Ostdeutschland prägnant (vgl. Dilling et al. 2022, 213).

Rechtspopulismus wird v. a. über seine politischen Inhalte bestimmt. Im Mittelpunkt steht ein antagonistisches *Weltbild*, dass die politische Sphäre in ein *homogenes Volk* und eine zu bekämpfende *politische Elite* differenziert (vgl. Schedler 2019, 32). Beide Teilgruppen werden spezifisch imaginiert. So ist ‚das Volk‘ nicht das tatsächlich vorfindbare Staatsvolk, sondern eine autochthone, homogene Bevölkerung, die sich durch eine geteilte Interessenlage definiert und die eine Art ‚reinen‘ erfahrungsbasierten Zugang zu politisch relevanten Wissensbeständen hat. Dieser Zugang wird den ‚politischen Eliten‘ abgesprochen, deren Reflexionswissen sie vom Common-Sense zu weit entfernt habe (vgl. Priester 2012). Die Eliten werden als abgekoppelt und korrupt beschrieben. Als „Politik der Angst“ (Wodak 2016) pflegen Rechtspopulist\*innen unterschiedliche Bedrohungsszenarien, die sowohl von innen bspw. durch pluralistische Praxen und Einstellungen als auch von außen bspw. durch Zuwanderung ‚fremder‘ Bevölkerungsgruppen ‚das Volk‘ gefährdeten. ‚Die Eliten‘ sind in dieser Vorstellung Teil des Problems und zu entmachten, da sie nur eigenen Vorstellungen folgen würden (vgl. Lewandowsky 2017, 5).

Politische Forderungen nach Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsteile zum vermeintlichen Schutz des homogen imaginierten Volks gehören zum Kern des Rechtspopulismus. Priester (2012, Herv. i. O.) unterscheidet Links- von Rechtspopulismus über die Unterscheidung von (hier soziologisch verstandener) Inklusion und Exklusion:

„Linker Populismus strebt durch Partizipation und Ressourcenverteilung die *Inklusion* unterprivilegierter Bevölkerungsschichten in ein parastaatliches, direkt an die Person des ‚Führers‘ gebundenes, parlamentarisch nicht kontrolliertes Klientelsystem an. Rechter Populismus betreibt umgekehrt die *Exklusion* von Menschen (‚Sozialstaatschmarotzer‘, Immigranten, Asylbewerber, ethnische Minderheiten) und reserviert politische und soziale Teilhaberechte nur für die eigene, autochthone Bevölkerung.“

Inhaltlich lässt sich fragen, wie es um eine Abgrenzung von Rechtspopulismus zu verwandten Begriffen steht, allen voran den des Rechtsextremismus. Botsch (2018) argumentiert, dass die Bezeichnung der AfD als rechtspopulistisch statt rechtsextrem eine „Vermeidungsstrategie“ ist, Rechtspopulismus nur als „Stellvertreterbegriff“ fungiert. Und in der Tat ist der Begriff so schwammig, dass er oft als vermeintliche harmlosere Variante des Rechtsextremismus letzteren quasi einzuhegen versucht. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen, insbesondere um den sogenannten ‚Flügel‘ der AfD um Björn Höcke, gibt es allerdings gute Gründe, auch die AfD als rechtsextrem zu bezeichnen (vgl. die Diskussion bei Pfahl-Traughber 2019, 33 ff.). Diese Argumentation ist schlüssig, gerade wenn es um die politische Auseinandersetzung geht. Im wissenschaftlichen, analytischen Sinne erscheint jedoch die in rechtspopulistischen Kreisen vorzufindende explizit-rhetorische *Befürwortung* der Demokratie bei gleichzeitiger Vertretung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen als besondere Herausforderung (vgl. Petrik & Jahr 2018, 108), die einen besonderen Rechtspopulismus-bezogenen Blick rechtfertigt. Während der Rechtsextremismus oft an den Rand der Gesellschaft verlagert wird und eine ‚extremismusfreie Mitte‘ der Gesellschaft suggeriert (vgl. Schedler 2019, 20 ff.), lässt sich dieser Nachteil mit dem Terminus Rechtspopulismus etwas entschärfen: Populismus scheint zum politischen Diskurs generell dazugehören. ‚Rechts‘ ist auch eine konservative Haltung. Der Begriff Rechtspopulismus ermöglicht einen Zugang, der demokratiegefährdende Handlungen und Einstellungen als ideologisches Potenzial in der breiteren Gesellschaft verortet. Es „spricht vieles dafür, den Rechtspopulismus sogar für die gefährlichere antidemokratische Strömung zu halten, weil sie breitere Bevölkerungsschichten erreicht, in ‚der Mitte‘ verankert ist“ (Petrik & Jahr 2023, 294).

Zur Erklärung des Erfolgs rechtspopulistischer Parteien werden Konzepte wie das der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (vgl. Heitmeyer 2002–2011) oder das „autoritäre Syndrom“ (Decker et al. 2020) herangezogen. Auffällig ist, dass eine Befürwortung rechtspopulistischer Gedanken nicht mit einer tatsächlich deprivierten Situation einhergehen muss, sondern ebenso auf dem Gefühl einer nahenden Abstiegsbedrohung beruhen kann. Objektive Faktoren im Sinne von sozialer Lage und subjektive Faktoren wie Ohnmachtsgefühle lassen die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien als Modernisierungsverlierer\*innen (Spier 2010) erscheinen. Der Rechtspopulismus scheint eng mit einer emotionalen Komponente verflochten bzw. nicht nur ein mit sachlicher Logik zu fassendes Problem zu sein.

Bei Betrachtung des politischen Umfelds ist auffällig, dass rechtspopulistische Parteien und Bewegungen auf das politisch-öffentliche Umfeld einer liberalen Demokratie angewiesen sind. In gefestigten autoritären Regimen wie bspw. in Russland gibt es keine Bewegung, die sich als rechtspopulistisch bezeichnet lässt. Anscheinend benötigt der Rechtspopulismus die Voraussetzungen von Öffentlichkeit und weitgehender Redefreiheit, um politisch relevant zu werden. So ist

auch plausibel, dass sich Rechtspopulismus v. a. in seinem ablehnenden Bezug zur Demokratie definiert und sich die Forschung auf das Verhältnis von Rechtspopulismus und Demokratie fokussiert (vgl. von Beyme 2018). Gleichzeitig nutzen Rechtspopulist\*innen Widersprüche der Demokratie aus, indem sie beispielweise keine verfassungsmäßigen Grenzen des Volkswillens akzeptieren (vgl. Schedler 2019, 32). Rechtspopulismus erscheint so nicht nur als Kritik an der Demokratie, sondern als ihre dialektisch-inhärente Bedrohung.

Die aufgezählten Beispiele und dargestellten Annäherungen dienen nicht nur einem ersten Abstecken des Begriffs Rechtspopulismus, sondern auch einer Begründung, warum wir als Herausgeber und die Autor\*innen der Beiträge uns in diesem Sammelband v. a. mit diesem Phänomen beschäftigen. Dies ergibt sich aus einer aktuellen gesellschaftspolitischen Gefährdungslage, die eine deskriptive und normative Auseinandersetzung mit dem Phänomen rechtfertigt und Verweise auf eine vermeintlich notwendige Ausgewogenheit im Sinne eines ‚Und was ist mit Linkspopulismus?‘ (vgl. auch Fuhrmann & Hühnemann 2013) zurückweist. Der Rechtspopulismus ist *die* zentrale Erscheinungsform einer aktuellen Bedrohung der offenen demokratischen Gesellschaft von rechts, wie sie sich jüngst im Sieg bei den Parlamentswahlen der rechtspopulistischen Allianz um die Postfaschistin Giorgia Meloni in Italien noch einmal verdeutlichte (vgl. Tokarski 2022). Er ist daher auch eine Bedrohung für das, was Inklusion vertritt.

### **3. Zwischenfazit: Mögliche Bezüge zwischen inklusiver Bildung und Rechtspopulismus**

Aus unserer Sicht lassen sich mögliche Thematisierungen beider Phänomene aus zwei unterschiedlichen Perspektiven vornehmen, differenziert noch einmal dadurch, was unter dem jeweiligen Phänomen genauer verstanden wird.

- Richtet sich der Blick von Rechtspopulismus auf Inklusion, so kommen v. a. die *Folgen* des ersteren für Inklusion/Demokratie in den Blick. Versteht man unter (Rechts-)Populismus dann v. a. das Agieren professioneller Politiker\*innen, bedeutet das, nach politischen Inhalten z. B. der AfD zu fragen, die sie in Parteiprogramm oder politischen Reden preisgibt, und wo sie gesellschaftliche Vorstellungen zu inklusionsrelevanten Fragen wie dem Erhalt oder Umbau des selektiven Schulsystems, der Rolle der Förderschule, der Integration von Menschen mit Behinderungserfahrung, dem Fördern emanzipativen Ansätzen etc. formuliert.<sup>1</sup> Erweitert man den Blick auf die

---

1 So wird die inklusionsablehnende Haltung der AfD (2016, 54) in ihrem Grundsatzprogramm deutlich: „Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen stellt unsere bewährten Förder- und Sonderschulen keineswegs in Frage. Die Forderung, behinderten

alltagspolitische Welt und damit weg von Politiker\*innen, so lässt sich rechtspopulistisches Interagieren als Teil von Demonstrationen oder im schulischen Unterricht analysieren. Versteht man Inklusion als zentralen Aspekt der Demokratie, kommen die zersetzenden Folgen des Rechtspopulismus für den gesellschaftlichen Zusammenhalt (vgl. Forst 2020) in den Blick.

- Richtet sich der Blick vom Kontext inklusiver Bildung und Demokratie auf Rechtspopulismus, so wird im Besonderen der *Umgang* mit Rechtspopulist\*innen thematisch. Wie gehen wir politisch oder pädagogisch und didaktisch damit um, wenn Teilhabe ein hohes Gut ist, aber anwesende Personen dies anderen anwesenden oder auch nicht anwesende Menschen offensiv absprechen? Wo verläuft die Grenze zwischen erwünschtem Einschluss von Perspektiven und Schutz vor Diskriminierung? Wie ist strategisch in politischen und pädagogischen Feldern zu handeln, um dem diskriminierenden und exkludierendem Potenzial des Rechtspopulismus etwas entgegenzusetzen?

Angesichts der rechtspopulistischen Strömungen in der Gesellschaft, aber auch in der Praxis des Bildungssystems auf verschiedenen Ebenen ist nicht nur das Bildungssystem insgesamt – etwa im Sinne politischer Bildung und des Eintretens für die Demokratie – herausgefordert, sondern auch inklusive Bildung in ihrem Kern in ein Dilemma gestürzt: Wie weit kann sie ihre Maxime des „Miteinander der Verschiedenen“ (z. B. Wocken 2021 im Anschluss an Adorno) angesichts rechtspopulistischer Strömungen aufrechterhalten, die genau diese negieren, für eine Rückkehr zu den ‚richtigen Werten‘ und beispielsweise zur ‚nationalen Identität‘ eintreten und damit auch für rassistische, sexistische und weitere diskriminierende Denkweisen stehen?

Inklusion, verstanden als ein Weg zu menschenrechtsbasierter Bildung (vgl. Kruschel 2017), fordert Gesellschaften nicht nur auf, intensiv darüber nachzudenken, wie Menschenrechte vom geduldigen Papier der UN-Erklärungen und ihrer vielzähligen Aktualisierungen für alle Realität werden können, sondern auch aktiv dafür einzustehen und Schritte in die richtige Richtung zu gehen. Der lange – als natürlich vermutete – Weg zu ‚mehr Menschenrechten‘ erweist sich zunehmend nicht nur als stockend, sondern gar als reversibel. Weltweit ist mit Blick auf China, Russland, Polen, Ungarn und viele andere Länder zu beobachten, dass Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und damit auch die Gewährleistung von Menschenrechten eher ab- als zunimmt (vgl. Amnesty 2022). Eine der zentralen Maximen deutscher Außenpolitik – ‚Wandel durch Handel‘ – verkehrt sich ins

---

Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist bereits umfassend und erfolgreich erfüllt. Die ideologisch motivierte Inklusion ‚um jeden Preis‘ verursacht erhebliche Kosten und hemmt behinderte wie nichtbehinderte Schüler an ihrem Lernerfolg. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Die Eltern sollen auch weiterhin das Recht haben, ihre Kinder in diese Einrichtungen zu schicken.“

Gegenteil. Autoritäre Staaten orientierten sich nicht zunehmend an normativen Implikationen der Menschenrechtscharta, sondern demokratische Staaten müssen schmerzhaft Kompromisse eingehen, um z. B. Energieträger für ihre Wirtschaft zu erhalten, und kooperieren dabei abseits menschenrechtlicher Bedenken. Rechtspopulist\*innen führen den Menschenrechtsdiskurs ad absurdum, wenn sie ihn vor dem Hintergrund von Corona-Maßnahmen nutzen und z. B. ‚Kinderrechte statt Maskenpflicht‘ skandieren.

Wir können uns also nicht darauf verlassen, dass es ‚automatisch‘ in die ‚richtige Richtung‘ geht. Mohamed Amjahid (2021, 8) bringt es auf den Punkt, wenn er daran erinnert:

„Das weitere Erstarken von Rechtsradikalen in Europa und ihrer Verbündeten im Geiste, ein verschärfter Ton bei Debatten rund um Flucht und Migration, der teils gewalttätige Widerstand einiger Privilegierter gegen die Emanzipation von Minderheiten, das alle bedeutet nicht, dass es zu spät ist, gemeinsam am Ziel einer friedlichen, gerechten und inklusiven Gesellschaft in Europa und der Welt zu arbeiten.“

Dieses Bestreben will der vorliegende Band unterstützen, indem er das Handeln von Rechtspopulist\*innen aus inklusiver Perspektive beobachtet, analysiert, seziiert und dadurch zu ihrem Verstehen beiträgt. Gleichzeitig will er durch Handlungsoptionen Mut machen.

#### **4. Zum Aufbau des Bandes**

Als drei unter manchen Aspekten recht homogene Herausgeber haben wir versucht, eine angemessene Vielfalt innerhalb der Autor\*innenschaft in diesem Band zu versammeln. Selbstkritisch stellen wir fest, dass uns die Repräsentanz von Vielfalt aufgrund von einigen Absagen und Nicht-Reaktionen angefragter Autor\*innen nur eingeschränkt gelungen ist. Dennoch gehen wir davon aus, dass die hier enthaltenen Perspektiven und Stimmen einen breiten Einblick in dieses Themenfeld geben können. Der vorliegende Band ist dem Titel entsprechend in drei Bereiche geteilt:

- Der erste Teil des Buchs widmet sich mit drei grundlegenden Beiträgen der Frage, wie sich das Verhältnis zwischen inklusiver Bildung und Rechtspopulismus gestaltet. Hier sind primär theoriebasierte Beiträge verortet mit Fragen zu den Grundlagen des Rechtspopulismus und unterschiedlichen Forschungsperspektiven auf ihn.
- Im zweiten Teil, den Analysen, finden sich primär empiriebasierte Beiträge aus schulpädagogischer Sicht, die sich Fragen in Bezug auf allgemeine Aspekte des Rechtspopulismus, Haltungen und Argumentationen von beteiligten

Akteur\*innen, Interaktionen im Unterricht und der Lehrer\*innenbildung widmen.

- Im dritten Teil sind handlungsorientierte Beiträge mit vorhandenen und denkbaren präventiven und interventiven Ansätzen auf Ebene des Bildungssystems, der Schule, im Unterricht oder anderen Lernbereichen versammelt.

Aufgrund der Verfügbarkeit von Abstracts zu Beginn jedes Beitrags verzichten wir an dieser Stelle auf die in Herausgeberbänden geläufigen Kurzbeschreibungen.

Abschließend danken wir allen Autor\*innen für ihre vielfältigen und inspirierenden Beiträge. Herrn Engelhardt vom Beltz Juventa Verlag sind wir für seine schnelle Zusage für diese Publikation sowie die gewohnt reibungslose Kooperation dankbar, dies gilt ebenso für das Lektorat durch Frau Zubcic. Der Universität Leipzig danken wir für die finanzielle Förderung durch den Open Access Fond, der es ermöglicht, dieses Buch einer breiten Leser\*innenschaft zugänglich zu machen. Wir hoffen mit dem Sammelband zur Orientierung im Themenfeld inklusive Bildung und Rechtspopulismus beizutragen und zu weiterer Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus unter inklusiver Perspektive anzuregen.

## Literatur

- Adorno, Theodor W. (1951): *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben.* Frankfurt am Main: Suhrkamp
- AfD (2016): *Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland.* Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.04./01.05.2016. Stuttgart: AfD
- Ahrbeck, Bernd (2014): *Inklusion. Eine Kritik.* Stuttgart: Kohlhammer
- Amjahid, Mohamed (2021): *Der weiße Fleck. Eine Anleitung zu antirassistischem Denken.* München: Piper
- Amnesty International (2022): *Amnesty Report 2020/2021. Zur weltweiten Lage der Menschenrechte.* URL: [www.amnesty.de/informieren/amnesty-report](http://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report) [03.12.2022]
- Boban, Ines & Hinz, Andreas (2019a): *Zwischen Normalität und Diversität – Impulse aus der Perspektive Demokratischer Bildung* In: von Stechow, Elisabeth; Hackstein, Philipp; Müller, Kirsten; Esefeld, Marie & Klocke, Barbara (Hrsg.): *Inklusion im Spannungsfeld von Normalität und Diversität. Band I: Grundfragen der Bildung und Erziehung.* Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 101–113
- Boban, Ines & Hinz, Andreas (2019b): ‚Kritisches Lernen‘ – eine inklusive und demokratische Art, mit Paulo Freire ‚die Welt zu lesen‘. In: *Zeitschrift für Inklusion* 13 (3). URL: [www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/524/385](http://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/524/385) [03.12.2022]
- Boban, Ines & Hinz, Andreas (2022): *Inklusion und Partizipation – kritische Reflexion zweier leitender Konzepte bezüglich ihrer Vieldeutigkeit und Widersprüchlichkeit.* In: *Zeitschrift für Inklusion.* 16 (4). URL: [www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/610](http://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/610) [31.12.2022]
- Boger, Mai-Anh (2017): *Theorien der Inklusion – eine Übersicht.* *Zeitschrift für Inklusion*, 11 (1). URL: [www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/413/317](http://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/413/317) [03.12.2022]
- Botsch, Gideon (2018): *Vom Populismus zum Extremismus. Eine Neubewertung der AfD ist überfällig.* URL: [www.tagesspiegel.de/potsdam/landeshauptstadt/eine-neubewertung-der-afd-ist-uberfaellig-7840789.html](http://www.tagesspiegel.de/potsdam/landeshauptstadt/eine-neubewertung-der-afd-ist-uberfaellig-7840789.html) [03.12.2022]
- Brunkhorst, Hauke (2000): *Einführung in die Geschichte politischer Ideen.* München: Fink

- Celik, Kazim; Decker, Oliver & Brähler, Elmar (2020): Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020. In: Decker, Oliver & Brähler, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments*. Leipziger Autoritarismus Studie. Gießen: Psychosozial, 149–175
- Dannenbeck, Clemens & Hinz, Andreas (2017): Das Politische (in) der Inklusion. In: Boban, Ines & Hinz, Andreas (Hrsg.): *Inklusive Bildungsprozesse gestalten – Nachdenken über Horizonte, Spannungsfelder und mögliche Schritte*. Seelze: Klett Kallmeyer, 52–69
- Decker, Oliver; Schuler, Julia; Yendell, Alexander; Schließler, Clara & Brähler, Elmar (2020): Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In: Decker, Oliver & Brähler, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments*. Leipziger Autoritarismus Studie, Gießen: Psychosozial, 179–210
- Dilling, Marius; Schließler, Clara; Hellweg, Nele; Brähler, Elmar & Decker, Oliver (2022): Wer sind die Verschwörungsgläubigen? Facetten der Verschwörungsmentalität in Deutschland. In: Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Aylene & Brähler, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktion?* Leipziger Autoritarismus Studie, Gießen: Psychosozial, 209–243
- DIMR (Deutsches Institut für Menschenrechte) (2017): Das Recht auf inklusive Bildung. Allgemeine Bemerkung Nr. 4 des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Information Nr. 12. Berlin: DIMR. URL: [www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/Information/Information\\_12\\_Das\\_Recht\\_auf\\_inklusive\\_Bildung.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Information/Information_12_Das_Recht_auf_inklusive_Bildung.pdf) [03.12.2022]
- Dusel, Jürgen (2018): Demokratie braucht Inklusion. URL: [www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/demokratie-braucht-inklusion](http://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/demokratie-braucht-inklusion) [03.12.2022]
- El-Mafaalani, Aladin (2021): Wozu Rassismus? Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassistuskritischen Widerstand. Köln: Kiepenheuer & Witsch
- Forst, Rainer (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zur Analyse eines sperrigen Begriffs. In: Deitelhoff, Nicole; Groh-Samberg, Olaf & Middel, Matthias (Hrsg.): *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*. Frankfurt am Main/New York: Campus, 41–53
- Fuhrmann, Maximilian & Hünemann, Martin (2013): Äquidistanz. Der Kampf gegen links im Kontext des Extremismusmodells. In: Schmincke, Imke & Siri, Jasmin (Hrsg.): *NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse*. Bielefeld: transcript, 91–105
- Gummich, Judy & Hinz, Andreas (2017): Inklusion – Strategie zur Realisierung von Menschenrechten In: Boban, Ines & Hinz, Andreas (Hrsg.): *Inklusive Bildungsprozesse gestalten – Nachdenken über Horizonte, Spannungsfelder und mögliche Schritte*. Seelze: Klett Kallmeyer, 16–30
- Haruna-Oelker, Hadija (2022): Die Schönheit der Differenz. Gemeinsam anders denken. München: btb
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2002–2011): *Deutsche Zustände*, Folge 1–10. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Hinz, Andreas (1993): Heterogenität in der Schule. Integration – Interkulturelle Erziehung – Koedukation. Hamburg: Curio
- Hinz, Andreas (2006): Kanada – ein ‚Nordstern‘ in Sachen Inklusion. In: Platte, Andrea; Seitz, Simone & Terfloth, Karin (Hrsg.): *Inklusive Bildungsprozesse*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 149–158
- Hinz, Andreas (2008): Inklusion – historische Entwicklungslinien und internationale Kontexte. In: Hinz, Andreas; Körner, Ingrid & Niehoff, Ulrich (Hrsg.): *Von der Integration zur Inklusion. Grundlagen – Perspektiven – Praxis*. Marburg: Lebenshilfe, 33–52
- Hinz, Andreas (2013): Inklusion – von der Unkenntnis zur Unkenntlichkeit?! Kritische Anmerkungen zu zehn Jahren Diskurs zur schulischen Inklusion. In: *Zeitschrift für Inklusion* 7 (1). URL: [www.inklusion-online.net/index.php/inklusion/article/view/201/182](http://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion/article/view/201/182) [03.12.2022]
- Hinz, Andreas (2022a): Inklusion – ein Rückblick auf Geschichte und Verortung. In: Budnik, Ines; Grummt, Marek & Sallat, Stephan (Hrsg.): *Sonderpädagogik – Rehabilitationspädagogik – Inklusionspädagogik: Hallesche Impulse für Disziplin und Profession*. Weinheim: Beltz Juventa, 227–253
- Hinz, Andreas (2022b): Repräsentation in der Partizipation? – Partizipation von Kindern an Schulentwicklungsprozessen. In: Fischer, Jörg; Hilse-Carstensen, Teresa & Huber, Stefan (Hrsg.): *Handbuch Steuerung. Planung, Gestaltung, Beteiligung*. Weinheim: Beltz Juventa, 267–276

- Hinz, Andreas (2023): Inklusive und demokratische Bildung – Überlegungen zur intersektionalen Revitalisierung der Inklusionsdebatte. In: Zeitschrift für Inklusion 17 (3) URL: [www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/703](http://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/703) [20.06.2023]
- Honneth, Axel (2003): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Hummrich, Merle (2017): Umgang mit Heterogenität in international vergleichender Perspektive. In: Bohl, Thorsten; Budde, Jürgen & Rieger-Ladich, Markus (Hrsg.): Umgang mit Heterogenität in Schule und Unterricht. Grundlagentheoretische Beiträge, empirische Befunde und didaktische Reflexionen. Bad Heilbrunn: Klinkhardt, 159–174
- Jahr, David (2019): Zur (Re-)Politisierung der Inklusionstheorie. Umgang mit unausweichlichen Widersprüchen in der inklusiven politischen Bildung. In: Hölzel, Tina & Jahr, David (Hrsg.): Konturen einer inklusiven politischen Bildung. Wiesbaden: Springer VS, 25–42
- Jahr, David (2022): Die Politik der Schulklasse. Dokumentarische Videoanalysen unterrichtlicher Praktiken zwischen Integration und Destruktion. Wiesbaden: Springer VS
- Kronauer, Martin (2022): Soziale Exklusion als Ausgangspunkt der Inklusionsdebatte. In: Leonhardt, Nico; Kruschel, Robert; Schuppener, Saskia & Hauser, Mandy (Hrsg.): Menschenrechte im interdisziplinären Diskurs – Perspektiven auf Diskriminierungsstrukturen und pädagogische Handlungsmöglichkeiten. Weinheim: Beltz Juventa, 103–115
- Kruschel, Robert (Hrsg.) (2017): Menschenrechtsbasierte Bildung. Inklusive und demokratische Lern- und Erfahrungswelten im Fokus. Bad Heilbrunn: Klinkhardt
- Kruschel, Robert; Boban, Ines; Ehnert, Katrin & Hinz, Andreas (2022): Inklusion und Demokratische Bildung – Irritationen und Inspirationen zwischen zwei Diskursen und Praxisfeldern. In: Budnik, Ines; Grummt, Marek & Sallat, Stephan (Hrsg.): Sonderpädagogik – Rehabilitationspädagogik – Inklusionspädagogik: Hallesche Impulse für Disziplin und Profession. Weinheim: Beltz Juventa, 65–77
- Leonhardt, Nico; Kruschel, Robert; Schuppener, Saskia & Hauser, Mandy (Hrsg.) (2022): Menschenrechte im interdisziplinären Diskurs – Perspektiven auf Diskriminierungsstrukturen und pädagogische Handlungsmöglichkeiten. Weinheim: Beltz Juventa
- Lewandowsky, Marcel (2017): Was ist und wie wirkt Rechtspopulismus? URL: [www.europaimunterricht.de/fileadmin/europaimunterricht/pdf/Unterrichtseinheiten/bis\\_2017\\_rechtspopulismus\\_was\\_ist\\_das.pdf](http://www.europaimunterricht.de/fileadmin/europaimunterricht/pdf/Unterrichtseinheiten/bis_2017_rechtspopulismus_was_ist_das.pdf) [03.12.2022]
- Manow, Philip & Schwander, Hanna (2022): Eine differenzierte Erklärung für den Erfolg der AfD in West- und Ostdeutschland. In: Brinkmann, Heinz Ulrich & Reuband, Karl-Heinz (Hrsg.): Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung. Wiesbaden: Springer VS, 163–192
- Vorländer, Hans & MIDEM (Mercator Forum Migration und Demokratie) (2021): Corona und Rechtspopulismus. Jahresstudie 2021. Dresden: TU. URL: [http://forum-midem.de/cms/data/fm/user\\_upload/Publikationen/TUD\\_MIDEM\\_Jahresstudie2021\\_RZ\\_online.pdf](http://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDEM_Jahresstudie2021_RZ_online.pdf) [03.12.2022]
- Petrik, Andreas & Jahr, David (2018): Sokratische Lehrerstrategien gegen rechtspopulistische Schüleräußerungen: ein formales Modell auf Basis von Unterrichtsfällen. In: Möllers, Laura & Manzel, Sabine (Hrsg.): Populismus und politische Bildung. Frankfurt am Main: Wochenschau, 108–114
- Petrik, Andreas & Jahr, David (2023): „Dann musst du es aber auch so verpacken, (...) dass es sich halt nicht zu rechtsradikal anhört.“ Manifeste rechtsextremistische Argumentation und Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Politikunterricht am Beispiel des Schülers John. In: Ertugrul, Baris & Bauer, Ullrich (Hrsg.): Sozialisation und gesellschaftlicher Zusammenhalt Aufwachsen in Krisen und Konflikten, Frankfurt am Main/New York: Campus, 293–320
- Pfahl-Traughber, Armin (2019): Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Sicht. Wiesbaden: Springer
- Prenzel, Annedore (1993): Pädagogik der Vielfalt. Verschiedenheit und Gleichberechtigung in interkultureller, feministischer und integrativer Pädagogik. Opladen: Leske+Budrich
- Prenzel, Annedore (2001): Egalitäre Differenz in der Bildung. In: Lutz, Helma & Wenning, Norbert (Hrsg.): Unterschiedlich verschieden. Differenz in der Erziehungswissenschaft. Opladen: Leske+Budrich, 93–107
- Prenzel, Annedore (2013): Pädagogische Beziehungen zwischen Anerkennung, Verletzung und Ambivalenz. Opladen: Barbara Budrich

- Priester, Karin (2012): Wesensmerkmal des Populismus. In: Möller, Kolja (Hrsg.) (2022): Populismus. Ein Reader, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 202–215
- Reiser, Helmut; Klein, Gabriele; Kreie, Gisela & Kron, Maria (1986): Integration als Prozeß. Sonderpädagogik 16, 115–122 und 154–160
- Reitz, Sandra (2020): Das Recht auf Partizipation – menschenrechtliche Handlungsnotwendigkeiten im Bildungsbereich. In: Boban, Ines & Hinz, Andreas (Hrsg.): Inklusion und Partizipation in Schule und Gesellschaft. Erfahrungen, Methoden, Analysen. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 33–48
- Reuband, Karl-Heinz (2022): Rechtspopulismus, Fremdenfeindlichkeit und PEGIDA. In: Brinkmann, Heinz Ulrich & Reuband, Karl-Heinz (Hrsg.): Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung. Wiesbaden: Springer VS, 257–298
- Roig, Emilia (2021): why we matter. Das Ende der Unterdrückung. Berlin: Aufbau
- Schedler, Jan (2019): Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Extreme Rechte, Rechtspopulismus, Neue Rechte? Eine notwendige Klärung für die politische Bildung. In: Schedler, Jan; Achour, Sabine, Elverich, Gabi & Jordan, Annemarie (Hrsg.): Rechtsextremismus in Schule, Unterricht und Lehrkräftebildung Wiesbaden: Springer VS, 19–39
- Sturm, Tanja (2016): Lehrbuch Heterogenität in der Schule. 2., überarb. Auflage. Stuttgart: UTB
- Tokarski, Paweł (2022): Wandel in Italien: Rechtspopulisten gewinnen Parlamentswahlen. In: Stiftung Wissenschaft und Politik. URL: [www.swp-berlin.org/publikation/wandel-in-italien-rechtspopulisten-gewinnen-parlamentswahlen](http://www.swp-berlin.org/publikation/wandel-in-italien-rechtspopulisten-gewinnen-parlamentswahlen) [03.12.2022]
- UNESCO (2020): Global Education Monitoring Report. Inclusion and Education: All means all. Paris: UNESCO. URL: [en.unesco.org/gem-report/report/2020/inclusion](http://en.unesco.org/gem-report/report/2020/inclusion) [03.12.2022]
- von Beyme, Kals (2018): Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie. Wiesbaden: Springer VS
- Wocken, Hans (2015): Über Bremsen, Barrieren und Blockaden im Inklusionsdiskurs. Ein bildungspolitisches Streitgespräch mit den „moderaten“ Inklusionsreformern. In: Wocken, Hans (Hrsg.): Vom Haus der inklusiven Schule. Berichte – Botschaften – Widerworte. Hamburg: Feldhaus, 41–83
- Wocken, Hans (2021): Dialektik der Inklusion. Inklusion als Balance. Hamburg: Feldhaus
- Wodak, Ruth (2016): Politik mit der Angst: Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse. Wien: Edition Konturen

# Teil 1:

## Grundlagen – Inklusive Bildung und Rechtspopulismus im Verhältnis

# Zeit der Populisten<sup>1</sup>

Frank Decker, Philipp Adorf & Marcel Lewandowsky

**Abstract:** Der Rechtspopulismus hat sich in der europäischen Parteienlandschaft etabliert. Vorfinden lässt er sich nunmehr in fast jedem europäischen Land, teilweise gar als Regierungsmitglied. Erklären lassen sich die Erfolge insbesondere durch sozio-kulturelle Veränderungen der europäischen Gesellschaften, dem die Rechtspopulist\*innen mit Forderungen des Schutzes traditioneller Werte entgegenen. Zu erwarten ist, dass diese gesellschaftspolitischen Konflikte auch in Zukunft als Nährboden rechtspopulistischer Erfolg fungieren werden und ein politischer Niedergang seiner Repräsentant\*innen nicht ansteht.

**Schlagwörter:** Corona, Klimawandel, Rechtspopulismus, Wertepolitik

## 1. Einleitung

In den 1970er und 1980er Jahren bildete sich zunächst in den nord- und später in den westeuropäischen Ländern eine neuartige Parteienfamilie heraus. In der Konkurrenz verschiedener Begriffe hat sich deren Bezeichnung als „rechtspopulistisch“ im wissenschaftlichen Sprachgebrauch weitgehend durchgesetzt (vgl. Decker 2004). Wurden die Neankömmlinge zunächst oftmals noch als flüchtige Protestphänomene abgetan, so sind sie inzwischen in nahezu allen europäischen Ländern präsent. Das Bild vom ‚Gespenst‘ des Populismus, das irgendwann wieder verschwindet, hat sich nicht bewahrheitet. Allen elektoralen Rückschlägen und inneren Krisen zum Trotz ist der Populismus fester Bestandteil der politischen Systeme – mit zum Teil einschneidenden Konsequenzen. In einigen neuen Demokratien wie Polen und Ungarn konnten sich Parteien wie Recht und Gerechtigkeit (PiS) und Fidesz sogar dauerhaft als Regierungsparteien etablieren und nachhaltigen Einfluss auf die demokratischen Regime ausüben. Auf den Philippinen und in Brasilien besetzten Rechtspopulisten die Präsidentenämter. In den Vereinigten Staaten mündete die vierjährige Präsidentschaft Donald Trumps im gewaltsamen Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 (vgl. Stockemer 2019).

Die Herausbildung und der Erfolg dieser neuen Parteienfamilie haben eine politikwissenschaftliche Debatte um den Begriff des Populismus angestoßen. Die meisten Arbeiten gehen heute davon aus, dass es sich beim Populismus um

---

1 Der Beitrag ist aus einem Buchprojekt der Verfasser hervorgegangen, dessen Herzstück – mit zwanzig, in die Regionen West-, Nord-, Süd- und Osteuropa aufgeteilten Beiträgen – die in der deutschsprachigen Forschung bisher umfangreichste Sammlung von Länderstudien zum europäischen Rechtspopulismus darstellt (vgl. Decker et al. 2022). Eine ähnliche Fassung ist in Heft1/2022 der Zeitschrift für Parteienwissenschaften erschienen.

ein manichäisches Kernkonzept handelt, das die Gesellschaft in zwei Gruppen einteilt: das ‚gute‘ Volk und das ‚korrupte‘ politische Establishment (vgl. Mudde 2004). Beide Gruppen gelten dem Populismus als homogen, was bedeutet, dass sie jeweils einen geschlossenen politischen Willen repräsentieren. Populist\*innen nehmen für sich in Anspruch, den Willen des Volkes gegen jenen der politischen Eliten zu vertreten. Mit Blick auf die ideologische Qualität besteht weitgehend Einigkeit, dass der Populismus zwar ideelle Bestandteile aufweist, es sich aber nicht um eine voll entwickelte Weltanschauung handelt, die etwa dem Kommunismus, dem Nationalsozialismus oder anderen Ideologien ähnlich wäre. So adressiert der Populismus mit dem Verhältnis zwischen ‚Volk‘ und ‚Establishment‘ lediglich das Politische selbst (vgl. Mudde 2017).

Umstritten in der Populismusforschung bleiben die Abgrenzung von Rechts- und Linkspopulismus und das Verhältnis zum Extremismus. Was das letztgenannte betrifft, hält sich bis heute hartnäckig das Missverständnis, beides seien verschiedene Paar Schuhe. Tatsächlich liegen die Begriffe aber auf unterschiedlichen Ebenen, sodass sie als Attribute einander nicht ausschließen. Der Populismus stellt mit anderen Worten keine ‚mildere‘ Form des Extremismus dar, auch wenn er – wie unter anderem das Beispiel der AfD zeigt – mit einer extremistischen Ausrichtung zusammengehen kann.

## 2. Erklärungsansätze

Die Erfolgsgeschichte der rechtspopulistischen Newcomer\*innen ist sowohl im Ländervergleich als auch im Zeitverlauf unterschiedlich. Einige Vertreter\*innen konnten sich seit ihrer Entstehung in den 1970er oder 1980er Jahren kontinuierlich behaupten, andere hatten nur sporadischen Erfolg oder mussten bei Wahlen Einbußen hinnehmen. Für letzteres hielt die Politikwissenschaft lange Zeit zwei Erklärungen bereit: Zum einen seien die Entstehung und der Erfolg rechtspopulistischer Parteien von einzelnen Führungspersonlichkeiten abhängig, die irgendwann abträten oder deren charismatische Eigenschaften sich über die Zeit verbrauchten. Dagegen gelinge es ihnen nur selten, eine stabile Parteiorganisation aufzubauen und die im Parteienwettbewerb notwendige Geschlossenheit im äußeren Auftreten sicherzustellen. Zum anderen hätten die Parteien ihrem Selbstverständnis als ‚Anti-Establishment‘ gemäß nur in der Opposition Erfolg. Übernahmen sie selbst Regierungsverantwortung, komme das der sprichwörtlichen Quadratur des Kreises gleich. Die Folge sei ein massiver Glaubwürdigkeitsverlust unter den eigenen Anhänger\*innen, der sich in schlechteren Wahlergebnissen niederschlage.

Konnten beide Erklärungen zu Beginn der 2000er Jahre empirisch eine gewisse Plausibilität für sich beanspruchen, so hat sich das Bild seither gründlich verschoben. Der europäische Vergleich zeigt, dass der charismatische Typus

unter den heutigen Rechtspopulist\*innen längst nicht mehr so verbreitet ist wie vermutet. Er kennzeichnet vor allem die Entstehungsphase der Parteien. In der nachfolgenden Phase der Verstetigung haben sich diese meistens aus der Abhängigkeit von ihren Anführer\*innen befreit und ihre Organisation den Mainstream-Parteien angepasst (vgl. Heinisch & Mazzoleni 2016).

Auch der Zusammenhang zwischen Oppositions- oder Regierungsrolle und Wahlerfolgen ist komplizierter als angenommen. Während die Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden und die FPÖ in Österreich nach ihrem Regierungseintritt einen dramatischen Absturz in der Wählergunst erlebten, zeigen der anhaltende Erfolg der Schweizerischen Volkspartei (SVP) oder der norwegischen Fortschrittspartei, dass sich Widerstand gegen die EU, Einwanderungskepsis und Anti-Islamismus mit einer Regierungsbeteiligung sehr wohl vertragen. Auch Italien wurde seit den 2000er Jahren wiederholt von unterschiedlichen Allianzen rechtspopulistischer Parteien regiert, ohne dass es diesen nachhaltig geschadet hat, wie die jüngsten dortigen Wahlergebnisse nochmals bewiesen haben. Und in den nord-, mittel- und südosteuropäischen Ländern ist der Populismus heute fester und zum Teil dominanter Bestandteil des rechten Mainstreams.

Seit dem Aufstieg Hitlers in den 1930er Jahren hat sich in den Sozialwissenschaften die Idee verbreitet, dass rechtspopulistische und -extreme Parteien vorzugsweise in wirtschaftlichen Krisenzeiten reüssieren, wenn Arbeitslosigkeit und Inflation steigen. Vergleicht man die nationalen Ergebnisse der beiden letzten Europawahlen (2014 und 2019) in Nord- und Südeuropa miteinander, ergibt sich ein anderer Befund. Die Rechtsparteien haben gerade in den Ländern am besten abgeschnitten bzw. ihre stärksten Zugewinne erzielt, die von den Folgen der Krise vergleichsweise wenig betroffen waren: Österreich, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Niederlande und Schweden. Dies deckt sich mit den mittlerweile gut ausgeleuchteten Entstehungsgründen und -bedingungen der rechtspopulistischen Parteien in den 1970er und 1980er Jahren.

Geht man davon aus, dass die Parteiensysteme demokratischer Staaten im Wesentlichen durch zwei Konfliktlinien geprägt sind – einen sozioökonomischen Verteilungs- und einen soziokulturellen Wertekonflikt –, so handelt es sich bei den neuen Rechtsparteien in erster Linie um ein Phänomen der Wertepolitik (vgl. Norris & Inglehart 2019). Das verbindet sie mit den in den 1970er Jahren entstandenen grünen Parteien, deren ideologischen Gegenpol sie auf der kulturellen Konfliktachse markieren. Die ökonomischen Entwicklungen sind also nicht der eigentliche Auslöser der populistischen Reaktion. Stattdessen fügen sie sich in das breitere Bild eines Gesellschaftswandels, dessen Rückwirkungen auf die Lebenswirklichkeit durch die Wirtschaft lediglich verstärkt werden. Die Schlüsselbegriffe dieses Wandels lauten Flexibilisierung und Individualisierung.

Die Wähler\*innen der neuen Rechtsparteien werden häufig als ‚Modernisierungsverlierer‘ apostrophiert, was sie aber nur in einem relativen oder subjektiven Sinne sind. Das heißt, ihre Misere ist nicht an die tatsächliche soziale Lage

gebunden, sondern an empfundene Verlustängste, das Gefühl, zum benachteiligten und abstiegsbedrohten Teil der Gesellschaft zu gehören (vgl. Elchardus & Spruyt 2016). Dieser Angst versuchen die Populist\*innen mit der Wiederherstellung traditioneller Ordnungsvorstellungen und gemeinschaftlicher Bindungen, sei es an die Nation, die Religion oder die Familie, zu begegnen.

Wirtschaftliche Krisen spielen ihnen dabei durchaus in die Hände, lassen sie sich doch an den identitätspolitischen Kern der Programmatik gut anschließen. Dies gilt gerade für Länder mit einem hohen Niveau sozialstaatlicher Leistungen wie in Skandinavien oder der Bundesrepublik, wo sich die Ressentiments der eingewanderten Bevölkerung gegen die vermeintlich nicht zugehörigen und mithin nicht teilhabeberechtigten Zuwanderer\*innen richten. Sozialökonomische Verteilungskonflikte werden auf diese Weise sozialkulturell aufgeladen und in ethnische oder nationale Konflikte umgedeutet (vgl. Manow 2018). Dass dafür auch und gerade solche Wähler\*innen empfänglich sind, die aufgrund ihrer sozioökonomischen Position und Interessen eigentlich nach links tendieren müssten, birgt keine große Überraschung, da diese in kulturellen Fragen erfahrungsgemäß fast immer weiter rechts stehen als ihre Parteien.

### **3. Internationale der Nationalist\*innen**

Um einen Überblick über die Präsenz des Rechtspopulismus erlangen, bietet sich am ehesten ein Blick auf die Europawahlen und das Europäische Parlament an (vgl. Decker 2019). Konnten die Rechtspopulist\*innen ihren gemeinsamen Sitzanteil dort bereits 2014 auf 22,6 % hochschrauben, gelang ihnen 2019 ein nochmaliger Zuwachs um drei Prozentpunkte auf jetzt 25,6 %. Der elektoralen stand und steht aber keine vergleichbare Stärke in politischer Hinsicht gegenüber, da es die nationalen Mitgliedsparteien bis heute nicht vermocht haben, eine gemeinsame schlagkräftige Fraktion zu bilden. Während sich der Großteil der eher gemäßigten Vertreter in der Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformer“ (EKR) zusammengefunden hat, tummeln sich die radikaleren Parteien in der 2019 neu formierten Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID). Daneben gibt es zahlreiche Abgeordnete, die überhaupt keiner Gruppierung zugehören, also fraktionslos sind.

2021 erhielten die Überlegungen für einen Zusammenschluss neuen Auftrieb. Der Grund lag darin, dass mit Viktor Orbáns Fidesz einer der wichtigsten Vertreter des Rechtspopulismus aus Osteuropa die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im März 2020 verlassen hatte und damit dem ansonsten unvermeidlichen ‚Rausschmiss‘ zuvorkam. Um die Chancen für ein Zusammengehen auszuloten, unternahm Orbán daraufhin Sondierungen mit Matteo Salvini von der italienischen Lega, dem polnischen Regierungschef Mateusz Morawiecki

von der PiS und Giorgia Meloni, deren neofaschistische Fratelli d'Italia anders als Salvinis Lega der EKR-Fraktion angehörten.

Anfang Juli 2021 veröffentlichten die führenden Vertreter der EKR- und der ID-Fraktion eine „Erklärung über die Zukunft Europas“ (vgl. FPÖ 2021), die neben den gemeinsam geteilten Zielen auch die potenziellen Bruchlinien eines künftigen Bündnisses sichtbar macht. Letztere betreffen zum einen das Verhältnis zu Russland, dem die osteuropäischen Staaten aus naheliegenden Gründen deutlich kritischer gegenüberstehen als die rechtspopulistischen Vertreter des übrigen Europa. Zum anderen geht es um das Verhältnis zur Europäischen Union, die von den Unterzeichnern nicht grundlegend abgelehnt wird, sondern lediglich zurückgebaut werden soll. Parteien wie die AfD oder die niederländische Partij voor de Vrijheid (PVV) von Geert Wilders, die den Austritt ihrer Länder aus der EU fordern, durften sich deshalb auf Geheiß der Initiatoren an der Erklärung nicht beteiligen.

So wie die nationale Orientierung eine grundlegende Gemeinsamkeit der rechtspopulistischen Parteien bildet, stellt sie zugleich eine Quelle ihrer politischen und ideologischen Heterogenität dar. Die heutigen Rechtspopulist\*innen sind nicht mehr in einem traditionellen Sinne nationalistisch, sondern grenzen sich vor allem vom nicht-christlichen Kulturraum der Muslim\*innen ab, deren Zuwanderung sie entweder ganz ablehnen oder zurückdrängen möchten (vgl. Betz 2013). Anders stellt sich der Fall in Mittel- und Osteuropa dar. Mangels einer vergleichbaren Migrationsgeschichte schwenkten Parteien wie PiS und Fidesz erst im Zuge der Flüchtlingsbewegungen 2015 auf eine ähnliche Linie ein wie ihre westeuropäischen Schwesterparteien. Die Rechtspopulisten im Osten treten offener antisemitisch auf und richten ihren Argwohn eher gegen nationale Minderheiten (etwa Sinti\*innen und Roma\*innen). Gleichzeitig propagieren sie ein romantisiertes Ideal nationaler Vergangenheit, wobei sie sich oft explizit auf die faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit berufen (vgl. Pirro 2014). Gemein ist den Rechtspopulist\*innen in Ost und West ein ‚soveränistisches‘ Verständnis klassischer Nationalstaatlichkeit, das einer weiteren Vertiefung der europäischen Integration entgegensteht (vgl. Ketelhut 2022). Welche Folgerungen daraus konkret abgeleitet und mit welcher Radikalität sie vertreten werden, unterscheidet sich je nach nationaler Betroffenheit und Interessenlage zwischen den Parteien gewaltig. Dasselbe gilt für die Positionen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, die in den einen Fällen eher marktliberal, in den anderen eher interventionistisch oder protektionistisch geprägt sind (vgl. Franzmann & Lewandowsky 2020, 28 f.).

Auch gesellschaftspolitisch bestehen in der Programmatik große Unterschiede. Während Parteien wie die AfD hier traditionalistisch-konservative Positionen vertreten, stehen andere wie die PVV Forderungen nach mehr Gleichstellung – sei es der Frau oder von sexuellen Minderheiten – durchaus aufgeschlossen gegenüber. Gerade diese Forderungen dienen ihnen dann gleichzeitig (oder sogar

vorrangig) dazu, die vermeintliche Rückständigkeit des Islams gegenüber der eigenen, westlich geprägten Kultur und Gesellschaft zu belegen (vgl. Decker 2022, 42 ff.).

#### 4. Klimapolitik und Coronapandemie

Mit dem Klimawandel und der Coronapandemie sind den Rechtspopulist\*innen seit 2018 zwei weitere ‚Großthemen‘ zugewachsen, bei denen sie im Meinungs- und Interessenspektrum den rechten Pol besetzen. Als gemeinsame Muster lassen sich dabei die Ablehnung evidenzbasierter Politik, der Vorwurf der Freiheits- und Demokratiebeschränkung durch eine einseitig kosmopolitisch ausgerichtete Elite und die Präferenz für nationalstaatliche Lösungen ausmachen, die auch auf anderen Politikfeldern die populistische Argumentationslogik bestimmen. Andererseits begegnet uns bei den Themen dieselbe programmatische Bandbreite, die sich zugleich in den unterschiedlichen Regierungsbilanzen populistischer Akteure widerspiegelt.

Während Parteien wie die AfD, die FPÖ oder die PVV die Existenz des Klimawandels generell anzweifeln und damit die diesbezüglich tief verwurzelte Skepsis ihrer Wählerschaft bedienen (vgl. Kulin, Johansson Sevä & Dunlap 2021), sind für andere, weniger ‚klimaskeptische‘ Mitglieder der Parteienfamilie Klimaschutzmaßnahmen größtenteils unnötig, da die Erderwärmung nur bedingt auf menschliche Einflüsse zurückzuführen sei – selbst wenn dies der Fall wäre, würden Schritte zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen in den hochindustrialisierten Ländern des Westens nichts bewirken, so lange die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den übrigen Weltregionen weiter anstiegen (vgl. Radtke & Schreurs 2019). Klimaschutz wird in diesem Kontext als elitäres Projekt einer erneuten Transformation der heimischen Wirtschaft hin zu einer Post-Wachstumsökonomie gesehen, das linksliberale Kräfte gegen den mehrheitlichen Volkswillen vorantrieben. Die Rechtspopulist\*innen sehen darin nicht zuletzt eine soziale Frage, seien es doch vor allem die ‚kleinen Leute‘, die sich Fleischkonsum, Flugreisen und das Autofahren aufgrund der gestiegenen Kosten dann nicht mehr leisten könnten – im Unterschied zu den wohlhabenderen Angehörigen der Elite (vgl. Jacob, Schaller & Carius 2020).

Weil bei kaum einem anderen Thema die Notwendigkeit grenzüberschreitender, globaler Kooperation so sehr auf der Hand liegt wie beim Kampf gegen die Erderwärmung, kommt die nationalistische und protektionistische Gegenposition des Rechtspopulismus hier umso mehr zum Tragen. Der Erhalt heimischer Wirtschaftszweige und Arbeitsplätze in bestimmten Sektoren werde erschwert, wenn der Klimaschutz Vorrang habe und steigende Emissionen in Entwicklungsländern mit immer rigoroseren Maßnahmen in Europa und Nordamerika kompensiert werden müssten. Wo rechtspopulistische Parteien in Regierungen

vertreten sind oder sie anführen, wird diese Agenda meistens konsequent umgesetzt (vgl. Huber et al. 2021; Jahn 2021). So war es z. B. eines der zentralen Vorhaben der Regierung Trump, die Mitgliedschaft der USA im Pariser Klimaschutzabkommen zu beenden, das die amerikanischen Arbeiter\*innen, Unternehmen und Steuerzahler\*innen angeblich benachteilige (vgl. Bomberg 2021). Dies wurde von Trumps Nachfolger Joe Biden gleich zu Beginn seiner Amtszeit rückgängig gemacht.

In der Coronapandemie neigten viele rechtspopulistische Vertreter\*innen zunächst dazu, die Regierungspolitik zu unterstützen oder wollten diese sogar noch forcieren, zumal die Maßnahmen zum Teil (etwa bei den Grenzschließungen) auf ihrer eigenen ideologischen Linie lagen (vgl. Wondreys & Mudde 2020, 88 ff.). Der Regierung aus der Opposition heraus ein Versagen zu attestieren, erwies sich als schwierig, konnte doch der unmittelbare Ursprung der Krise im Gegensatz zur Euro- oder Flüchtlingskrise nicht auf Verfehlungen der politischen Elite zurückgeführt werden. Im Einklang mit der übergroßen Bevölkerungsmehrheit erkannte man die Situation als Notlage an, die ein entschiedenes (national-)staatliches Eingreifen rechtfertigte (vgl. Bobba & Hubé 2021).

Nach der ersten Phase der Pandemie änderte sich dieses Bild und wurde es zugleich disparater. Während manche populistischen Vertreter\*innen in der Befürwortung bestimmter Schutzmaßnahmen wie etwa der Maskenpflicht sogar die Speerspitze bildeten, etwa bei der Schweizerischen Volkspartei oder der PVV – auch in der AfD gab es zu Beginn solche Stimmen –, sattelte das Gros der Parteien bald auf einen Anti-Establishment-Diskurs um, der die Corona-Maßnahmen als unzulässige Freiheitsbeschränkungen vehement kritisierte und den Regierungen unterstellte, sie wollten diese Beschränkungen auf Dauer stellen und eine ‚Corona-Diktatur‘ errichten (vgl. Lewandowsky, Leonhardt & Blätte 2022). In den Vereinigten Staaten warf Donald Trump Medien und politischen Gegnern eine Instrumentalisierung der Pandemie vor, die einzig und allein das Ziel verfolge, dem republikanischen Präsidenten zu schaden (vgl. Roberts 2022). Die Kritik beiderseits des Atlantiks ging mit einer Verharmlosung des Virus einher, dessen Gefährlichkeit von den verantwortlichen Politiker\*innen völlig übertrieben dargestellt werde, um die Grundrechtseingriffe zu rechtfertigen.

Analog zu den Klimaleugner\*innen formierte sich in der Debatte um die Maßnahmen eine radikale Front von Corona-Leugner\*innen, die die Existenz der Pandemie als solche in Abrede stellten. Diese fanden in vielen rechtspopulistischen Parteien beträchtlichen Rückhalt und prägten – selbst wenn sie dort nicht die Mehrheit stellten – deren öffentliches Auftreten (vgl. Eberl, Huber & Greussing 2021). Dasselbe gilt für die in ihren Reihen ebenfalls überproportional vertretenen Impfgegner\*innen und -verweigerer\*innen, die man bereits vor der Pandemie im rechtspopulistischen Lager antreffen konnte (vgl. Kennedy 2019). Deren Ablehnung einer – von den Regierenden aber nirgendwo konsequent

durchgesetzten – rechtlichen oder faktischen Impfpflicht fügte sich bestens in das Freiheitsthema.

Was die Verknüpfung der Pandemie mit den bekannten Anti-Themen des Populismus angeht, boten und bieten die Parteien ebenfalls ein uneinheitliches Bild. Anders als Trump in den USA, haben die europäischen Vertreter\*innen nur selten auf den Ursprungsort des ‚Chinavirus‘ verwiesen. Auch auf eine stärkere Schuld der Migrant\*innen an der ‚Einschleppung‘ und Verbreitung der Seuche konnte und wollte man nicht verweisen, hätte dies doch der generellen Linie widersprochen, die Notwendigkeit der Bekämpfungsmaßnahmen mit Blick auf die angezweifelte Schwere der Pandemie in Frage zu stellen.

Bessere Anknüpfungspunkte für den Diskurs boten die Themen ‚Grenzsicherungen‘ / ‚Globalisierung‘ und ‚Europa‘ bzw. ‚Europäische Union‘, deren Ausbeutbarkeit dennoch an Grenzen stieß. So wurde die auch von den Rechtspopulist\*innen intonierte Kritik an der schlecht gemanagten Impfstoffbeschaffung der EU von der gut verlaufenen Impfkampagne schon nach wenigen Monaten überholt, während die in der ersten Phase der Pandemie (im März/ April 2020) verfügten Grenzsicherungen allen vor Augen führten, wie sehr der zusammengewachsene Wirtschaftsraum auf funktionierende Lieferketten angewiesen war. Auch in der Kritik an dem von der EU aufgelegten 750 Milliarden Euro schweren Corona-Wiederaufbaufonds hielten sich die Rechtspopulist\*innen zurück. Das galt vor allem für die süd- und osteuropäischen Vertreter\*innen, deren Länder in dem Paket anteilmäßig am stärksten bedacht wurden. In Italien hatte das z. B. zur Folge, dass die vorher dezidiert EU-kritische Lega auf die europafreundliche Linie der von ihr mit getragenen Regierung einschwenkte (vgl. Zanotti & Meléndez 2022).

## 5. Die Herausforderung durch die neuen Medien

Bei der Suche nach den Erfolgsbedingungen des Rechtspopulismus und den Gründen für den Anstieg von extremistisch und fremdenfeindlich motivierter Gewalt (bis hin zum Terrorismus) darf der Blick auf die veränderten Formen der sozialen Kommunikation und politischen Öffentlichkeit nicht fehlen. In den meisten Ländern stehen die Massenmedien heute unter großem kommerziellen Druck, der immer weniger Raum für eine nüchtern-abwägende Berichterstattung lässt. Das spielt den Populist\*innen in die Hände. Umgekehrt sind seriöse Zeitungen und das frei empfangbare Fernsehen normalerweise ziemlich restriktiv, wenn es darum geht, Rassist\*innen und anderen Extremist\*innen Spaltenplatz oder Redezeit einzuräumen.

Allerdings sind in den letzten beiden Jahrzehnten über die Sozialen Medien neue politische Öffentlichkeiten herangewachsen. Hier gibt es meistens keine Redakteurfunktion und nur im geringen Umfang etablierte soziale Konventionen,

die zivilisierend auf die Kommunikation einwirken. Dies leistet der Verbreitung von Fake News und von Verschwörungstheorien Vorschub, die von jeher ein Bestandteil der rechtspopulistischen Agitation waren (vgl. Bergmann & Butter 2020), durch die neuen technischen Möglichkeiten jetzt aber einen viel größeren Resonanzboden vorfinden.

Die meisten rechtspopulistischen Parteien sind der parteipolitischen Konkurrenz in der Nutzung von Facebook und anderen Netzwerken weit voraus. Mit ihrer Hilfe schlagen sie gleich drei Fliegen mit einer Klappe: Erstens umgehen sie die ihnen nicht gerade wohlgesinnten traditionellen Medien, die sie dafür – zweitens – im Gegenzug umso leichter als Teil des verhassten Establishments brandmarken können („Lügenpresse“). Und drittens spannen sie dieselben Medien für ihre eigenen Zwecke mit ein, wenn diese über die Aktivitäten in den sozialen Netzwerken berichten. Als besonderer Virtuose dieses Über-Bande-Spiels hat sich US-Präsident Donald Trump hervorgetan (vgl. Gerbaudo 2018).

Auch für den gewaltbereiten Extremismus spielen das Internet und die sozialen Netzwerke eine unterstützende Rolle (vgl. Jakobsen 2022). Zum einen eröffnen sie neue Möglichkeiten der Organisation und des konspirativen Zusammenschlusses. Zum anderen sind sie eine Brutstätte für Hasspropaganda und Verschwörungserzählungen, die anfällige Menschen dazu bringt, sich zu radikalieren und von Gedanken bzw. Worten zur Tat zu schreiten. Dass die Regulierung der Internetkommunikation nur rudimentär gelingt, liegt vor allem an deren grenzüberschreitendem Charakter. Weil die großen, global agierenden Konzerne – Alphabet (Google), Amazon, Apple, Meta (Facebook) und Microsoft – allesamt von amerikanischem Boden aus operieren, können sie sich dem Zugriff der nationalen und europäischen Gesetzgeber auf weite Strecken entziehen. Regelwerke wie das in Deutschland seit 2017 gültige Netzwerkdurchsetzungsgesetz, die die Plattformbetreiber\*innen auf die Einhaltung bestimmter Compliance-Regeln verpflichten, wirken vor diesem Hintergrund notgedrungen defizitär. Sie erinnern daran, dass ein verantwortungsvoller Gebrauch der neuen Kommunikationsformen nicht staatlich oktroyiert werden kann, sondern am Ende von der Gesellschaft und von jeder\*jedem einzelnen ausgehen muss.

## **6. Gefährdung der Demokratie?**

Vergleichende Studien legen den Befund nahe, dass von erfolgreichen populistischen Parteien eine Gefahr für die Demokratie ausgehen kann (vgl. Huber & Schimpf 2017; Vittori 2021). Welche Auswirkungen der Populismus genau hat, hängt davon ab, ob sich die Parteien in der Regierung oder in der Opposition befinden. Ist letzteres der Fall, ist ihre Wirkung beschränkt, aber dennoch spürbar. Die Parteien nehmen Einfluss auf den demokratischen Diskurs (vgl. Mudde 2019, 164 ff.) und sie erhalten mit dem Parlament eine Bühne für ihre Themen (vgl.